

Im Gespräch mit: Martina Munz

Nach den Querelen der letzten Wochen startet die Schaffhauser SP ins Wahljahr 2023. Nationalrätin Martina Munz möchte wiedergewählt werden. Ob sie diesfalls die Legislatur durchzieht, verrät sie noch nicht.

«Ich möchte diese Arbeit weiterführen»

Reto Zanettin

Frau Munz, Sie gelten als ausgesprochen aktive Nationalrätin: Seit Sie 2013 erstmals gewählt wurden, haben Sie 280 Vorstösse eingereicht – mehr als doppelt so viele wie Ihr Ratskollege Thomas Hurter (SVP/SH), der sechs Jahre länger im Amt ist. Woher kommt dieser Eifer?

Martina Munz: Das hat zwei Gründe. Erstens ist die Linke gegenüber dem bürgerlichen Lager in der Minderheit. Das erschwert das Durchkommen im Ratsplenum und in den Kommissionen. Wenn wir Themen vorantreiben wollen, müssen wir mit Vorstössen arbeiten. Zweitens verrete ich Themen – zum Beispiel Berufsbildung, Tierschutz, Lebensmittelverschwendung und Recycling –, die im Nationalrat kaum bearbeitet werden.

Welche waren Ihre grössten Erfolge in der seit 2019 laufenden Legislatur?

Munz: In der Umwelt- und Energiepolitik habe ich sehr viel erreicht. Beispiele sind: Der erleichterte Bau von Solaranlagen auf allen Infrastrukturbauten wurde im Nationalrat angenommen. Im Bereich Foodwaste dürfen Detailhändler keine essbaren Nahrungsmittel mehr wegwerfen, wenn Leute mit Bedarf diese abholen wollen. Mein Postulat zum Thema Schottergärten, zeigt erstmals auf, dass auch im urbanen Raum ein Beitrag zur Biodiversität geleistet werden muss. Zudem konnte ich den skrupellosen Welpenhandel stoppen, hinter dem mafiose Banden stecken.

In anderen Ihrer Themen gab es keine Mehrheit, zum Beispiel für ein Austauschprogramm junger Menschen in Europa oder eine Werbebeschränkung für Fleisch. Warum sind diese Anliegen gescheitert?

Munz: Die Mehrheitsverhältnisse und teilweise die sehr starke Bauernlobby haben diesen Anliegen den Weg versperrt. Bei den Wahlen im Herbst haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Gelegenheit, das zu korrigieren.

In der Energiepolitik machen Sie sich stark für Solaranlagen, für erneuerbare Energiequellen also. Weshalb setzen Sie nicht – ähnlich wie die FDP – auf alle Technologien zur Energieversorgung der Schweiz?

Munz: Klar brauchen wir alle Technologien. Aber wenn Sie die Freisinnigen ansprechen: Wir haben eine Solaroffensive lanciert, haben unberührte Natur hingegeben, wollten eine Solarpflicht für Neubauten einführen. Genau gegen letzteres haben sich FDP und SVP gestellt. Sie wollten Anlagen in der freien Natur, aber nicht auf privaten Dächern. Das ist doch verlogen.

Dann trifft die Diagnose zu: Es ist in allen politischen Lagern zu viel Ideologie in der Energiepolitik?

Munz: Ich bin keine Verfechterin solcher Schlagworte. Wir müssen alle Hand bieten für Kompromisse.

Sie denken, die Schweiz werde sich hinreichend mit Solarenergie versorgen können. Wie wird das funktionieren?

Munz: Sonnenenergie ist die erneuerbare Energie, auf die wir setzen müssen. Heute verbrauchen wir total 60 Terawattstunden pro Jahr. Mit Solarenergie sind 67 Terawattstunden alleine auf Dächern und Fassaden möglich. Bisher haben wir 4,5 Prozent unseres Solarpotenzials genutzt – 4,5 Prozent! Also können wir noch rund 95 Prozent erschliessen. Das Potenzial der



Martina Munz spricht über Solaranlagen, die Altersvorsorge und den Zustand der SP.

BILD ROBERTA FELE

Wasserkraft ist hingegen praktisch ausgeschöpft. Die Solarenergie ist zudem nur halb so teuer wie die Wasserkraft. Leider wurde der Solarausbau bisher verhindert, nun müssen wir für die Versorgungssicherheit in kurzer Zeit viel investieren.

In der Altersvorsorge blockiert ausgerechnet die SP wichtige Reformen. Das war bei der Erhöhung des Rentenalters von Frauen so, und es ist jetzt der Fall, da es um eine Umgestaltung der beruflichen Vorsorge geht. Warum?

Munz: Wir werden keiner Reform zustimmen, bei der Menschen mit tiefen Einkommen für weniger Leistung mehr einzahlen müssen. Altersarmut ist weiblich, Frauen haben ein Drittel weniger Rente. Es ist entwürdigend, wenn Menschen, die ein Leben lang gearbeitet und Kinder gross gezogen haben, im Alter Ergänzungsleistungen beantragen müssen.

Da vertreten Sie sicher ein wichtiges Anliegen. Sie vergessen dabei aber die Jungen, die auch noch in 40 oder 50 Jahren auf tragfähige Sozialwerke angewiesen sind.

Munz: Das stimmt überhaupt nicht. Wir wollen eine stabile Altersvorsorge, aber nicht auf Kosten der Schwächeren. Die AHV ist solide finanziert, sie ist kerngesund. Heute zahlen mehr Menschen in die AHV ein als früher. Damals waren die Frauen wenig in den Arbeitsmarkt integriert. Heute verdienen sie und bezahlen in die Sozialwerke ein. Ausserdem: Der einbezahlte Franken bringt bei der AHV mehr Rente als bei der zweiten Säule, weil die Finanzbranche nicht mitverdient. Das macht einen relevanten Unterschied.

Letztes Jahr gab es zwei steuerpolitische Vorlagen, die Abschaffung der Emissionsabgabe und die Verrechnungssteuerreform.

Zur Person

Martina Munz vertritt Schaffhausen seit 2013 im Nationalrat. Zu ihren Themen zählen die Landwirtschaft, der Tierschutz, die Energie- und die Bildungspolitik. Munz kam in Zürich zur Welt, ist Agronomin und lebt heute in Hallau.

Vor beiden Abstimmungen hat die SP argumentiert, Grosskonzerne sollten keine Steuererleichterungen erhalten. Bei der OECD-Steuerreform, über die wir Mitte Jahr abstimmen, sind Sie plötzlich gegen höhere Steuern für grosse Unternehmen – in der Schlussabstimmung, die in der Wintersession stattfand, hat die SP Nein gesagt. Wie erklären Sie Ihrer Basis diesen Umschwung in der Argumentation?

Munz: Halt, wir sind gegen die Ausgestaltung, aber nicht gegen die OECD-Steuerreform als solche. Die Mindeststeuer von 15 Prozent ist für ein gerechteres, globales Steuersystem wichtig. Die Schweiz muss diese Mindeststeuer übernehmen, nur so kann auch der Finanzplatz intakt bleiben. Die SP kritisiert nicht dies, sondern die Verteilung der Mehreinnahmen aus dieser Reform. Sie gehen zu 75 Prozent an die Kantone mit Dumpingsteuern zurück, damit sie mit Standortförderung und Privilegien die Konzerne bei Laune halten können. Das ist eine andere Art von Steuerabbau und eine Umgehung der Regeln für mehr globale Gerechtigkeit. Dagegen wehren wir uns.

Grosse Unternehmen – sagen wir Georg Fischer – sind grosse Arbeitgeber. Weshalb ist es falsch, dafür zu sorgen, dass es diesen Firmen gut geht?

Munz: Natürlich soll es diesen Unternehmen gut gehen. Georg Fischer produziert noch in Schaffhausen. Aber darum geht es nicht. Gewinne sollen nicht zur Steuervermeidung in Steuerparadiese verschoben werden. Die OECD-Steuerreform verlangt, dass überall eine Mindeststeuer geschuldet ist. Damit wird der Steuertrickserei endlich ein Riegel geschoben. Die Schweiz soll nicht neue Schlupflöcher kreieren.

Die SP zieht mit den Themen Klimawandel, Kaufkraft und Gleichstellung in den

Wahlkampf. Andere Parteien machen sich für die gleichen Anliegen stark. Wie wollen Sie sich von ihnen abheben?

Munz: Klima- und Umweltpolitik sind unsere Kernanliegen, bei denen wir gut mit den Grünen zusammenarbeiten. Wir setzen aber den Fokus auf eine sozialverträgliche Energiewende. Die Sicherung der Kaufkraft ist seit eh und je für die SP von zentraler Bedeutung: Wir fordern Löhne und Renten, von denen die Menschen leben können. Entscheidend ist, dass der Teuerungsausgleich bezahlt wird. Denn nur, wenn die Menschen genug verdienen können sie sich den Konsum leisten. Sie halten damit die Wirtschaft am Laufen. Die stark gestiegenen Krankenkassen-Prämien sind bis weit in den Mittelstand hinein zum Problem geworden. Mit der Prämien-Entlastungs-Initiative wollen wir dafür sorgen, dass niemand mehr als 10 Prozent seines Lohns für Prämien ausgeben muss. Mit der Prämienentlastung erreichen wir genau jene, die mit knappem Haushaltsbudget zurechtkommen müssen. In allen diesen Dossiers ist die SP die glaubwürdigste Partei, unsere Wählerinnen und Wähler geben uns genau deshalb ihre Stimme.

Gerade in Schaffhausen hat sich in den letzten Wochen ein Drama um die SP abgespielt. Wie werden Sie die Glaubwürdigkeit und damit Wählbarkeit Ihrer Partei wiederherstellen?

Munz: Der SP Schaffhausen geht es hervorragend, und sie ist eine glaubwürdige Partei. Im Jahr 2022 ist sie enorm erstarkt. Wir hatten Dutzende von Parteieintritten, die Welle hält noch immer an. Die Generation, die zu uns kommt, ist voll Tatendrang und gibt der Partei Schub. Die ehemaligen AL-Politikerinnen und Politiker haben sich bestens integriert und vertreten zu 100 Prozent unsere Werte. Zusammen mit den vielen Politikerinnen und Politikern, die schon lange in der SP sind, bilden wir ein starkes Team. Auch bei den SP Frauen haben wir stetigen Zuwachs. Die Frauen fühlen sich von der SP vertreten. Die Austritte tun mir leid. Doch es ist keine Bewegung. Jede Person verliess aus einem anderen Grund die Partei.

Es waren mehrere Austritte dicht nacheinander. Haben Sie sich parteiintern nicht hinterfragt, was falsch läuft?

Munz: Diese Frage müssen Sie den Parteipräsidien von Stadt und Kanton stellen. Was ich weiss, es wurden Gespräche geführt. Ich war da aber nur am Rande involviert.

Werden Sie, wenn Sie wieder in den Nationalrat gewählt werden, die ganze nächste Legislatur durchmachen?

Munz: Das kann ich jetzt noch nicht sagen. Ich bin in meiner Wunschkommission, der Umweltkommission, angekommen. Die Politik macht mir Freude und ich kann viel bewirken. Zurzeit beraten wir viele Themen, bei denen ich das Dossier für die SP führe. Als Agronomin habe ich ein Fachwissen und ein Netzwerk aufgebaut, das mir erlaubt, mich mit Herzblut einzubringen. Konkrete Themen, in denen ich zu Hause bin, sind: der Mantelerlass – das ist die Vorlage zur Versorgungssicherheit der Schweiz und zur Beschleunigung des Zubaus von erneuerbaren Energien – die Kreislaufwirtschaft und die Landwirtschaftspolitik «Agrarpolitik ab 2022». Das sind wichtige Themen für die Schweiz. Ich möchte diese Arbeit weiterführen und die progressive Bevölkerung von Schaffhausen weiterhin vertreten. Deshalb würde ich mich über eine Wiederwahl freuen.